Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/871

02. 09. 77

Fragen

für die Fragestunden
der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 7. September 1977
am Donnerstag, dem 8. September 1977

Seite

Buchdruckerei P. Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (0 22 41) 6 10 71
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestraße 56, Tel. (0 22 21) 36 35 51

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

1. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung zur Förderung der biologischen Schädlingsbekämpfung im Pflanzenschutz (siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. August 1977, Raubmilbe und Schlupfwespe gegen Schädlinge)?

2. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Aus welchen Mitteln und zu wessen Lasten soll das neue Agrarkreditprogramm (AKP) finanziert werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

3. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Welchen Sinn sieht die Bundesregierung in neuen Gesprächen mit der DDR, die zu neuen Vereinbarungen führen sollen, solange nicht sichergestellt ist, daß die DDR-Behörden längst geltende Vereinbarungen auch korrekt beachten und deren ständige willkürliche Verletzung einstellen, und zeigt das Einreiseverbot für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach Potsdam nicht deutlich an, daß die Taktik der innerdeutschen Verhandlungen einer deutlichen Kurskorrektur bedarf?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

4. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Welche Konsequenzen ergeben sich nach Auffassung der Bundesregierung aus der Tatsache, daß in der englischen Wiederaufbereitungsanlage in Windscale zwischen 1970 bis 1972 über 71 kg und in den Vereinigten Staaten in den letzten 30 Jahren mehr als vier Tonnen Uran und Plutonium verschwunden sind, hinsichtlich einer besseren Bilanzierung und Inventierung des Plutoniums durch eine verbesserte Kontrolle, und wieviel Atombomben a la Hiroshima könnten theoretisch aus dem verschwundenen Material gebaut werden?

5. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Gibt es in der Bundesrepublik Deutschland Fälle von „verlorengegangenem Plutonium", und ist sichergestellt bzw. soll sichergestellt werden, daß Plutonium in der Bundesrepublik Deutschland absolut lückenlos kontrolliert und inventiert wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

6. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Wie stellt sich die Bundesregierung in Ergänzung ihrer Meinung auf die Große Anfrage der SPD/FDP zur Energiepolitik die Genehmigung von Standorten von Energieerzeugungsanlagen, insbesondere von Kernkraftwerken, durch Landtage vor?

7. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Gedenkt die Bundesregierung insbesondere gegebenenfalls darauf hinzuwirken, daß durch ein Maßnahmegesetz Standorte von Kraftwerken durch Landtage festgelegt werden?

8. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Treffen die in der Zeitung „Die Welt" vom 29. August 1977 aufgestellten Behauptungen zu, daß der Bruder von Professor Spiros Simitis, Konstantin Simitis, seit 1965 Geschäftsführer der „DDR"-Filmherstellerfirma Orwo in Athen und seit 1969 außerdem Rechtsberater der ostberliner Außenhandelsvertretung in der griechischen Hauptstadt sei und daß Bedienstete der Firma Orwo wiederholt in Spionageaktionen verwickelt gewesen seien, und welche Folgerungen gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls hieraus hinsichtlich der geplanten Berufung von Professor Simitis zum Datenschutzbeauftragten des Bundes zu ziehen?

9. Abgeordneter **Lemmrich** (CDU/CSU)

Trifft die Behauptung des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz zu, nach der bei Wertingen im Landkreis Dillingen ein Zwischenlager zur Entsorgung für Kernbrennstoffe errichtet werden soll, und ist in die etwaige Errichtung des Zwischenlagers zur Entsorgung von Kernbrennstoffen bei Wertingen bereits die dafür zuständige Genehmigungsbehörde, die Physikalisch-Technische Bundesanstalt in Braunschweig, eingeschaltet worden?

10. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung die strafrechtlichen Ermittlungen gegen den Spiegel wegen der Veröffentlichung von amtlichen Unterlagen, die dem Verschlußsachenschutz unterlagen, im Fall Traube bisher dadurch unmöglich gemacht hat, daß sie die erforderliche Genehmigung nach § 353 c Strafgesetzbuch verweigert hat, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um endlich die Aufklärung der Umstände des Verrats geheimer Akten auch gegen den Spiegel zu ermöglichen?

11. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die doppelte Sicherheitsüberprüfung von chilenischen politischen Gefangenen, die hier um Asyl nachgesucht haben, durch das Bundesinnenministerium wie auch durch einige Landesinnenministerien zu unnötigen Wartezeiten für die Betroffenen führt (nach Angaben von amnesty international beträgt dieser Vorgang in der Bundesrepublik Deutschland mindestens neun Monate, in Frankreich vier bis sechs Wochen, in Holland zwei Wochen, in Schweden 24 Stunden), und daß durch diese Praxis die Inhaftierung der Chilenen um Monate verlängert wird, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

12. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)	Ist die Bundesregierung der Meinung, daß bei der politischen Beurteilung von Asylsuchenden die gleichen Maßstäbe wie bei der Überprüfung von Bewerbern um den öffentlichen Dienst angelegt werden sollten?
13. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)	Nach welchen Kriterien und von wem wurden oder werden dem zuständigen Bund-Länder Staatssekretärsausschuß Standortvorschläge für zentrale Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente aus Kernkraftwerken gemacht, und um welche Standortvorschläge handelt es sich?
14. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)	Wann ist mit einer Entscheidung über diese Standortvorschläge zu rechnen, und wie ist das Verfahren bis zur endgültigen Standortfestlegung?
15. Abgeordneter **Amling** (SPD)	Auf Grund welcher genehmigungsrechtlichen Voraussetzungen erfolgt der Betrieb der mit Uran und Plutonium arbeitenden Degussa-Tochterunternehmen in Hanau/Wolfgang?
16. Abgeordneter **Amling** (SPD)	Wurde vor Beginn der Arbeiten eine gutachtliche Untersuchung über die radioaktive Grundbelastung in diesem Gebiet durchgeführt?
17. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)	Welche natürlichen oder künstlich erzeugten Isotope sind Verursacher der von den Degussa-Tochterunternehmen in Hanau/Wolfgang ausgehenden radioaktiven Immissionen?
18. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)	Wie groß sind mengenmäßig die von diesen Firmen ausgehenden Emissionen?
19. Abgeordneter **Grunenberg** (SPD)	Gelangen vom Gelände der Degussa-Tochterunternehmen in Hanau/Wolfgang radioaktive Elemente in die Umwelt?
20. Abgeordneter **Grunenberg** (SPD)	Gefährden diese Mengen die Gesundheit der Bürger in Hanau und Umgebung, insbesondere in Anbetracht der Langlebigkeit und der hohen Giftigkeit des Plutoniums und des Lungenkrebsrisikos?
21. Abgeordneter **Flämig** (SPD)	Welche Schutzmaßnahmen wurden und werden bei den Degussa-Tochterunternehmen in Hanau/Wolfgang ergriffen, um die Einbringung radioaktiver Schadstoffe in die Umwelt, insbesondere von Plutonium bei Transport, Lagerung und Bearbeitung der radioaktiven Materialien zu verhindern, und gibt es Aufzeichnungen über Mengenbilanzen aller angelieferten, gelagerten und wiederabgegebenen radioaktiven Isotope, insbesondere von Plutonium, und wie groß ist die Schwundmenge pro Jahr bei den einzelnen radioaktiven Stoffen?
22. Abgeordneter **Flämig** (SPD)	Woraus erklärt sich die vergleichsweise starke radioaktive Belastung, der die Menschen im Gebiet von Hanau durch Inhalation über die Lunge ausgesetzt sind, wie sie das Gutachten der Gesellschaft für Reaktorsicherheit vom März 1977 feststellte?

23. Abgeordneter **Stahl (Kempen)** (CDU/CSU)

Wie groß sind die durch Lagerung, Verarbeitung und Transport von Uran und Plutonium in den Fabrikationsstätten der Degussa-Tochterunternehmen in Hanau/Wolfgang an die Luft bzw. in das Abwassersystem gelangenden radioaktiven Immissionen pro Zeiteinheit, und in welchem Verhältnis stehen sie zur natürlichen radioaktiven Belastung des Gebietes und den nach der jüngsten Strahlenschutzverordnung tolerierbaren zusätzlichen Belastungen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

24. Abgeordnete **Frau Karwatzki** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß das Urteil des Bundesverfassungsgerichts – 2 BvR 988/75 – vom 24. Mai 1977 inhaltlich weitergehender ist als die Verwaltungsanordnung für Ermittlungen bei Suchtkrankenberatungsstellen, beschlossen vom Unterausschuß „Richtlinien für das Straf- und Bußgeldverfahren" der Justizministerkonferenz, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

25. Abgeordnete **Frau Karwatzki** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung dazu bewogen, nachdem sie bereits in der 7. Wahlperiode die Notwendigkeit gesehen hatte, das Zeugnisverweigerungsrecht für anerkannte Sozialarbeiter gesetzlich zu verankern und einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt hatte, jetzt die auf der Grundlage der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gewonnenen Erfahrungen abzuwarten und zunächst keinen Gesetzentwurf einzubringen?

26. Abgeordneter **Gerster** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Erhöhung der Gebühren des Patentamtes um durchschnittlich 68,5 % vor allem jugendliche, mittellose Erfinder aber auch Kleinbetriebe heute dazu zwingen kann, entweder auf kostenintensive Vorarbeiten und damit auf die Entwicklung von Erfindungen ganz zu verzichten oder ihre Ideen bereits im Vorstadium an finanzkräftige Unternehmen zu verschreiben und ist ihr bewußt, daß dadurch Erfindungen zumindest erschwert, wenn nicht sogar verhindert werden könnten, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

27. Abgeordneter **Gerster** (CDU/CSU)

Wäre die Bundesregierung aus einem gesamtwirtschaftlichen Interesse an der Förderung von Kreativität bereit, zumindest die Möglichkeiten der Stundung oder Befreiung über den als diskriminierend empfundenen Fall der Bewilligung des Armenrechtes hinaus zu erweitern und für mittellose Erfinder einen vollkommenen Erlaß der Gebühren einzuführen, wie dies z. B. in den Vereinigten Staaten von Amerika vorgesehen ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

28. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß durch eine Aufstockung der Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe rasch und unkompliziert der Bauindustrie wesentliche Aufträge zufließen würden, wenn diese Mittel im Bereich des einzelbetrieblichen Förderungsprogrammes zur Bedienung vorhandener Investitionsanträge eingesetzt würden, und ist der Bundesregierung bekannt, daß aus den Mitteln des Jahres 1977 zum Teil die Anträge des Jahres 1976 nicht finanziert werden können, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

29. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Wieso sind von der Bundesregierung im sechsten Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" bei den zu fördernden Investitionen von 1977 bis 1980 und der Aufteilung der verfügbaren Förderungsmittel sowie beim Finanzierungsplan des regionalen Aktionsprogramms „Nordeifel" (Bundestagsdrucksache 8/759, Seite 52 und 53) hinsichtlich der Industriegeländeerschließung, der öffentlichen Fremdenverkehrseinrichtungen sowie der Errichtung und des Ausbaues von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten keine Zahlenangaben gemacht worden?

30. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Wie sind diese fehlenden Zahlenangaben damit zu vereinbaren, daß im regionalen Aktionsprogramm „Nordeifel" die Förderung der Fremdenverkehrswirtschaft und die Industrieansiedlung als Entwicklungsziele für die gewerbliche Wirtschaft im Planungszeitraum angegeben sind?

31. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Trifft eine Aussage des Deutschen Städte- und Gemeindebundes zu, daß im Rahmen des 16 Milliarden-DM Infrastrukturprogramms allein aus Nordrhein-Westfalen dem Bund seit Mitte Juni 264 Projekte mit einem Auftragsvolumen von 700 Millionen DM vorliegen, ohne daß bis Ende August ein Bewilligungsbescheid erteilt wurde, und welche Ursachen hat gegebenenfalls nach Auffassung der Bundesregierung diese Verzögerung bei der Auftragsvergabe?

32. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Trifft es zu, daß die Anzahl der bei Firmenfusionen in der Bundesrepublik Deutschland wegfallenden Arbeitsplätze steigende Tendenz aufweist, und wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang den Vorschlag, in die nächste Novelle der gesetzlichen Fusionsbestimmungen neben rein wettbewerbsrechtlichen Beurteilungsmaßstäben zum Schutze der betroffenen Beschäftigten zusätzlich arbeitsmarktpolitische Auflagen für größere Firmenzusammenschlüsse einzubauen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

33. Abgeordneter **Vogelsang** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes mit dem Ziel, die Amtszeit der Betriebsräte – in Anlehnung an die Dauer der Wahlperiode innerhalb der Gewerkschaften – von bislang drei auf vier Jahre zu verlängern?

34. Abgeordneter **Löffler** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über das Angebot von Lehrstellen vor, das nach Äußerungen des Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Handwerkes die Nachfrage im Jahr 1977 erheblich übersteigen werde?

35. Abgeordneter **Frau Simonis** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob sichergestellt ist, daß die 1 600 bewilligten neuen Stellen für die Bundesanstalt für Arbeit zügig besetzt werden, und was wird sie gegebenenfalls unternehmen, um eine entsprechende Personalplanung zu garantieren?

36. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung zur Verringerung der in allen vom Mitbestimmungsgesetz betroffenen Betrieben parallel anfallenden erheblichen Verwaltungsarbeit die zu diesem Gesetz erlassene Wahlordnung auf ihre Verständlichkeit hin noch einmal zu überarbeiten?

37. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, durch einen Kommentar die Anwendung der von ihr erlassenen Wahlordnung zu erleichtern?

38. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der Untersuchung der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Landesbezirk Baden-Württemberg, über die Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz im Hotel- und Gaststättengewerbe sowie in Bäckereien, Konditoreien und Metzgereien, und welche Schritte – beispielsweise nach § 26 Nr. 2 des Jugendarbeitsschutzgesetzes – hält die Bundesregierung angesichts der teilweise bestürzenden Ergebnisse dieser Untersuchung für angebracht?

39. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Um wieviel Mark ist der kostendeckende Zuschuß des Bundes je pflichtversicherten landwirtschaftlichen Altenteiler monatlich höher als jene 103 DM, die nach dem Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz nunmehr privat krankenversicherte landwirtschaftliche Altenteiler als Zuschuß erhalten?

40. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung für zulässig, daß die aus Bundesmitteln gewährten Zuschüsse für privat und gesetzlich versicherte Altenteiler unterschiedlich hoch sind, und wenn nein, welche Folgerungen zieht sie daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

41. Abgeordnete **Frau Tübler** (CDU/CSU)

Wieviel Anträge von Kriegsdienstverweigerern sind insgesamt vom 1. Juli 1977 bis 31. Juli 1977, also vor Inkrafttreten der Gesetze zur Änderung des Wehrpflicht- und Zivildienstgesetzes, vorgelegt worden, wieviel Anträge davon sind von Soldaten und gemusterten Wehrpflichtigen und von Reservisten gestellt, und welche Steigerung ist gegenüber Juli 1976 festzustellen?

42. Abgeordnete **Frau Tübler** (CDU/CSU)

Wie ist die Entwicklung nach Inkrafttreten der o. a. Gesetze, also vom 1. August bis 31. August 1977, ebenfalls nach Anträgen von Kriegsdienstverweigerern insgesamt, davon Soldaten und gemusterten Wehrpflichtigen und Reservisten aufgeschlüsselt?

43. Abgeordneter **Möllemann** (FDP)

Treffen Presseberichte zu, nach denen die beschlossenen, aber noch nicht abgewickelten Beschaffungsvorhaben für die Bundeswehr nicht mit dem im Verteidigungsausschuß vorgetragenen Mittelansatz finanziert werden können und daß entweder eine erhebliche Ausgabensteigerung oder aber eine Beschaffungsmengenreduzierung unumgänglich ist?

44. Abgeordneter **Möllemann** (FDP)

Teilt gegebenenfalls die Bundesregierung die Auffassung, daß deshalb mehr als bisher auf eine kostensparende Kooperation und Standardisierung im Rüstungsbereich hingearbeitet werden muß, und stimmt sie der These zu, daß die geschilderte Rüstungskostenentwicklung zur Schwerpunktbildung unter gleichzeitigem Verzicht auf einige Beschaffungsvorhaben zwingt?

45. Abgeordneter **Stahlberg** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung – insbesondere das Verteidigungsministerium – gleiche oder ähnliche Informationen wie die Deutsche Presse-Agentur darüber, daß der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) nicht nur innerhalb des Bundesgrenzschutzes oder der Polizei, sondern auch in der Bundeswehr über ein „hervorragend ausgebautes Fernmeldesystem und für seine milizartig ausgebaute Bürgerkriegstruppe über einen eigenen Nachrichtendienst" verfügt?

46. Abgeordneter **Stahlberg** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung, vor allem der zuständige Ressortminister, das informative Gewicht von zumindest aus dem KBW initiierte Publikationen wie die „Kieler Militärzeitung" oder „Volksmiliz", die etwa eine Auflage von 12 000 Exemplaren allein im Norden der Bundesrepublik Deutschland erreichen soll, und gibt es im Bundesverteidigungsministerium oder dem Innenministerium Untersuchungen darüber, ob in anderen Bundesländern als Schleswig-Holstein Ähnliches zu beobachten ist?

47. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, welche Anteile die Rüstungsexporte am Gesamtumfang der Entwicklungshilfe ausmacht, und welche Möglichkeiten sieht sie, diesen Anteil u. U. zu senken?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

48. Abgeordneter **Höpfinger** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung bei der Förderung internationaler Jugendbegegnungen anerkannter Jugendgruppen den Gleichheitsgrundsatz nicht gebührend beachtet, die Größenordnung der zu bezuschussenden Verbände nicht entsprechend berücksichtigt und daher eine „große Benachteiligung" für die innerhalb der Deutschen Sportjugend zusammengeschlossenen Gruppen besteht?

49. Abgeordneter **Höpfinger** (CDU/CSU)

Wird auf Grund der Klage, die die Deutsche Sportjugend im Frühjahr dieses Jahres in diesem Zusammenhang an das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit gerichtet hat, im Haushaltsvollzug 1977 ein anderes Verteilungsverfahren angewandt werden?

50. Abgeordneter **Egert** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die übereinstimmende Empfehlung von Bundesgesundheitsamt und der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher aufzugreifen und vorzuschreiben, den Zusatzstoff Sorbit in allen Lebensmitteln, mindestens aber ab einer Konzentration 5g/kg, kenntlich zu machen?

51. Abgeordneter **Egert** (SPD)

Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen der Steigerung des Zigarettenabsatzes um 3,2 % in 1976 und verstärkten bzw. neuartigen Werbekampagnen der Zigarettenindustrie, kann sie insbesondere bestätigen, daß der steigende Anteil der Leichtzigaretten am Verkauf auch darin begründet ist, daß in der Werbung für die Leichtzigaretten der Eindruck zu erwecken versucht wird, als sei das Umsteigen auf leichte und milde Zigaretten praktisch dem Nichtrauchen gleichzusetzen, und wenn ja, was gedenkt sie dagegen zu tun?

52. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung wissenschaftliche Untersuchungen bekannt, wonach chemische Zusätze in Nahrungsmitteln bei Kindern Agressivität auslöst, und wenn ja, welche Konsequenzen zieht sie daraus?

53. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung die Angaben eines kürzlich in einem Wochenmagazin veröffentlichten Berichtes bekannt, wonach viele Menschen in unserem Lande zuwenig Jod zu sich nehmen und daß durch eine Jod-Prophylaxe die Kostenexplosion im Gesundheitswesen etwas gedämpft werden könnte?

54. Abgeordneter **Stahl (Kempen)** (SPD)

Welche Gründe sprechen nach Ansicht der Bundesregierung dafür, die gesondert für ledige Mütter bestehende Regelung der einjährigen Bezugsrechtsprüfung für die Zahlung von Kindergeld nach dem § 2 Abs. 1 Satz 4 BKGG und dem § 21 Abs. 2 der Durchführungsverordnung gemäß Runderlaß 375/744 beizubehalten, obwohl dadurch für die ledigen Sorgeberechtigten eine Benachteiligung gegenüber ehelichen Eltern ersichtlich wird, oder ist bald unter diesem Gesichtspunkt an eine Änderung gedacht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

55. Abgeordneter **Tillmann** (CDU/CSU)

Trifft eine Meldung der „Fremdenverkehrswirtschaft" vom 30. August 1977 zu, wonach es eine Absprache zwischen dem Bundesverkehrsministerium und den durch den Fluglotsenstreik 1973 geschädigten Reiseveranstaltern darüber gibt, innerhalb von drei Monaten nach der Urteilsverkündung des Bundesgerichtshofes von der Möglichkeit der Einrede wegen Verjährung keinen Gebrauch zu machen?

56. Abgeordneter **Tillmann** (CDU/CSU)

Wenn ja, mißt die Bundesregierung bei dieser lediglich mit den wenigen Reiseveranstaltern getroffenen Sonderregelungen nicht mit zweierlei Maß angesichts der Tatsache, daß insgesamt 59 Unternehmen und 130 Einzelreisende Schäden auf Grund des Fluglotsenstreiks angemeldet haben, diese aber möglicherweise durch Verjährungsfristen gegenstandslos werden?

57. Abgeordneter **Daubertshäuser** (SPD)

Wie hat sich die Frequentierung der Autoreisezüge in den letzten Jahren entwickelt, und wieviel Ver- und Entladebahnhöfe für Autoreisezüge gibt es?

58. Abgeordneter **Daubertshäuser** (SPD)

Besteht die Absicht, das Autoreisezug-System attraktiver zu gestalten?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

59. Abgeordneter **Dr. Waigel** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß das Presse- und Informationsamt die bereits gerichtlich bestätigte Auffassung vertreten hat, daß es sich bei den Bundesministern Prof. Dr. Maihofer, Dr. Vogel, Dr. Apel, Dr. Friderichs, Ertl, Dr. Ehrenberg, Frau Huber, Gscheidle, Ravens, Franke, Matthöfer, Rohde und Frau Schlei nicht um „bedeutende Staatsmänner" handelt (vgl. Meldung in der Kölnischen Rundschau vom 27. August 1977), und wenn ja, welche Folgerungen gedenkt die Bundesregierung bejahendenfalls daraus zu ziehen?

60. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß zur Zeit von Kommunisten und ihren Sympathisanten im Ausland eine planmäßige Hetzkampagne gegen die Bundesrepublik Deutschland betrieben wird, und ist die Bundesregierung bereit, eine entsprechende publizistische Gegenoffensive zu starten?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

61. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Trifft der Bericht der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 24. August 1977 (Seite 10) zu, wonach der deutsche Wirtschaftsjournalist und frühere Generalsekretär des Verbandes der Auslandspresse in Wien Werner Gengenbach mit seinen 64 Jahren seit Februar 1974 im Prager „Pankraz"-Zuchthaus wegen angeblicher Spionage schmachtet, und ist die Bundesregierung bereit, stärkere Mittel als nur eine

Fürsprache des Bundesaußenministers einzusetzen, um den offensichtlich unschuldig Inhaftierten rechtzeitig, d. h. noch lebend und einigermaßen gesund, freizubekommen?

62. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung, wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 29. August 1977 (Seite 8) berichtet, deutsche Diplomaten Geheimgespräche mit palästinensischen Terrororganisationen führen läßt und der Bundesminister zu vertraulichen Gesprächen mit arabischen Politikern als Dolmetscher in der Bundesrepublik Deutschland lebende Palästina-Araber hinzuzieht, und wie beurteilt dies die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß die Führer der Palästinenser mit Geiselnahmen, Flugzeugentführungen und Mord ihre politischen Ziele verfolgen?

63. Abgeordneter **Röhner** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Antrag des Bundestagsabgeordneten Alfred Biehle, für einen eintägigen Besuch in Budapest ein Visum ausgestellt zu erhalten, von der ungarischen Botschaft in Wien, wo sich der Abgeordnete Biehle in Urlaub befand, mit der Begründung abgelehnt wurde, daß sein Besuch in Ungarn nicht erwünscht sei, und ist sie bereit, eine Klärung der Angelegenheit mit dem Ziel herbeizuführen, die Gründe für Biehles Unerwünschtheit zu erfahren?

64. Abgeordneter **Röhner** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung diesen Vorgang vor dem Hintergrund der in der KSZE-Schlußakte von Helsinki in Aussicht gestellten Reiseerleichterungen und der Tatsache, daß der Bundeskanzler in seiner diese Legislaturperiode einleitenden Regierungserklärung behauptete, daß sich die Bundesrepublik Deutschland zu den Staaten des Ostens „auf einem breiten Weg zu normaler Nachbarschaft" befinde?

65. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, daß entsprechend der in Köln vom 6. September 1977 auf zwei Monate angelegten „Tage der polnischen Wissenschaft und Kultur" mit 40 Veranstaltungen eine gleichartige Veranstaltungskette über deutsche Wissenschaft und Kultur in einer polnischen Großstadt durchgeführt werden kann?

66. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Worauf bezieht sich die Behauptung der Bundesregierung vom 23. Juni 1977 „es gibt keine Anzeichen dafür, daß der Betrag – 100 000 Dollar für das Namibia-Institut in Lusaka – für außerhalb des Instituts liegende Zwecke verwandt sein könnte", wenn am 21. Juli 1977 gleichfalls von der Bundesregierung mitgeteilt werden mußte, daß „die vorläufige Abrechnung nicht den vereinbarten Förmlichkeiten entspricht und einige Positionen enthält, die nicht ausdrücklich Teil des Notenwechsels sind"?

67. Abgeordneter **Broll** (CDU/CSU)

Stimmt es, daß die Bundesregierung über diplomatische Vertretungen des Nahen Ostens ständige Kontakte zu palästinensischen Befreiungsorganisationen unterhält?

68. Abgeordneter **Broll** (CDU/CSU)

Stimmt es, daß der Bundesminister des Auswärtigen sich bei Verhandlungen im Vorderen Orient eines palästinensischen Arabers als Dolmetscher bedient hat?

69. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Ausbildung von Terroristen aus der Bundesrepublik Deutschland im Südjemen durch Angehörige der NVA der DDR, und wie beurteilt sie gegebenenfalls solche Vorgänge im Zusammenhang mit dem innerdeutschen Grundlagenvertrag und mit der Schlußakte der KSZE-Konferenz von Helsinki?

70. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, daß der Führer der offensichtlich kommunistisch beherrschten südwestafrikanischen Befreiungsorganisation Swapo, Tjongarero, die Erklärung abgegeben habe, humanitäre Hilfe aus der Bundesrepublik Deutschland ermögliche es der Swapo, mehr Waffen zu kaufen, und in welcher Höhe sind bejahendenfalls seitens der Bundesrepublik Deutschland Mittel der Befreiungsorganisation Tjongareros zugeflossen?

71. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung Informationen, daß in Kolumbien jährlich auf mehreren Tausend Hektar Marihuana angebaut wird, der von dort per Flugzeug in die USA exportiert wird, und wenn ja, hält es die Bundesregierung für wahrscheinlich, daß dies in einer derartigen Größenordnung ohne Duldung staatlicher Stellen geschehen kann, und welche Folgerungen zieht sie daraus?

72. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, auf die Kolumbianische Regierung einzuwirken, damit sie in Zukunft die Produktion und Verbreitung von Rauschgift mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln verhindert?

73. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Was hat den Bundesminister des Auswärtigen veranlaßt, am 30. April 1977 dem Vorsitzenden des Deutsch-Chilenischen Bundes auf eine Einladung zur 125-Jahrfeier der deutschen Einwanderung in Chile zu antworten, daß dieses Datum die Bundesrepublik Deutschland und Chile in „besonderer Weise" verbindet, und anzukündigen, daß Botschafter Strätling die „aufrichtigsten Wünsche der Bundesrepublik Deutschland für eine weitere glückliche Zukunft der Deutsch-Chilenen und ihrer neuen Heimat Chile" überbringen werde?

74. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Hält die Bundesregierung derartige Formulierungen in Bezug auf das Regime in Chile für vertretbar?

75. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Warum vertrat der Bundeskanzler nach dem Anhang zum Nachrichtenspiegel I vom 13. Juli 1977 in der Menschenrechtsfrage vor der Presse in Ottawa den Standpunkt, daß sich die Interessen der Bundesrepublik Deutschland von denen Präsident Carters in der Menschenrechtsfrage nur in der Art unterscheiden, „moralische Grundsätze in die Tat umzusetzen", obwohl die Bundesrepublik Deutschland in den Menschenrechtspakten der Vereinten Nationen wie viele andere Staaten, darunter sämtliche Ostblockstaaten, nicht die Beachtung moralischer Grundsätze, sondern vielmehr die Erfüllung von klaren Rechtsverpflichtungen einerseits auf sich genommen hat, andererseits dies auch von ihren Vertragspartnern verlangen kann?

76. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den derzeitigen Stand der Aussiedlung der Deutschen auf Grund des humanitären Briefwechsels mit der Tschechoslowakei und die bisherigen Erfahrungen bezüglich der politischen und rechtlichen Wirksamkeit der in Briefwechsel mit der Tschechoslowakei geübten Methode, zwei einseitige Erklärungen miteinander zu verknüpfen statt Leistungsverpflichtungen?

B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Wie gedenkt die Bundesregierung den Status der Zweigstelle des Goethe-Instituts in Seoul/Korea abzusichern, nachdem der Abschluß einer neuen Vereinbarung, die an Stelle der bereits am 15. Dezember 1974 abgelaufenen diesbezüglichen Vereinbarung treten soll, offensichtlich auf die gleichen Schwierigkeiten stößt wie die Anwendung des Zusatzprotokolls zum deutsch-koreanischen Kulturabkommen, weil deutscherseits die erforderliche Reziprozität wegen fehlender innerstaatlicher Voraussetzungen und aufgrund des bestehenden EG-Rechts im Falle des Zusatzprotokolls nicht eingehalten, im Falle der neuen Statusvereinbarung nicht zugesagt werden kann?

2. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Haben die ins Ausland entsandten Angehörigen des Goethe-Institutes nunmehr das Wahlrecht zum Deutschen Bundestag, nachdem sie seit 1. Januar 1977 beschränkt steuerpflichtig sind und damit einen fiktiven Wohnsitz am Dienstsitz ihrer Zentrale haben, und wenn nein, wird die Bundesregierung eine Initiative mit dem Ziel ergreifen, dem genannten Personenkreis das Wahlrecht zu verschaffen?

3. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung grundsätzlich bereit, die Funktionsfähigkeit des Deutsch-Französischen Gymnasiums in Freiburg i. Br. dadurch herzustellen, daß sie sich an der Errichtung eines Internats mit einem Zuschuß beteiligt?

4. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Welche konkreten Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, um in der Frage der Funktionsfähigkeit des Deutsch-Französischen Gymnasiums das Tauziehen zwischen Bund, Land und Gemeinde einerseits und die Zuständigkeitsprobleme verschiedener Bundesressorts (Auswärtiges Amt, Bundesminister der Verteidigung) andererseits zu beenden und angesichts der von allen beteiligten Stellen anerkannten Notwendigkeit auf Errichtung eines Internats und der grundsätzlichen Bereitschaft von Land und Gemeinde auf Kostenbeteiligung kurzfristig eine konstruktive Lösung herbeizuführen?

5. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß sie meine Fragen Nr. 200 und 201 vom 19. Juli 1977 nur ausweichend beantwortet hat, und wie beantwortet sie die hiermit wiederholte Frage, wie sie die Mitgliederentwicklung der in der „Arbeitsgemeinschaft Gesellschaften BRD–UdSSR" zusammengefaßten deutsch-sowjetischen Gesellschaften nach ihrer politischen Zusammensetzung beurteilt?

6. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Welche Gründe haben die Bundesregierung in der Antwort des Staatsministers im Auswärtigen Amt vom 25. Juli 1977, Frau Dr. Hamm-Brücher, veranlaßt, meine Frage nach politischer Zusammensetzung und politischer Gesamtorientierung der deutsch-sowjetischen Gesellschaften nicht zu beantworten, obwohl diese Gesellschaften immer mehr von DKP-Funktionären durchsetzt werden?

7. Abgeordneter **Windelen** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen hält die Bundesregierung einen über die Bekundung von „Interesse“ an den in Polen aufgefundenen Musikautographen der ehemals Preußischen Staatsbibliothek Berlin hinausgehenden Protest „nicht für sachdienlich“, obwohl die Eigentumsfrage bundesgesetzlich geregelt und gegenteilige Rechtsauffassungen der DDR vom Auswärtigen Amt als „nicht überzeugend“ bezeichnet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

8. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)

Welche Position haben die EG-Länder, die die Sommerzeit schon eingeführt haben, bezüglich des Vorschlages der Harmonisierung der Anfangs- und Endtermine der Sommerzeit eingenommen, und wie beurteilt die Bundesregierung die Aussichten für ein in ihrem Sinne liegendes Verhandlungsergebnis?

9. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung bei der Beratung der Drucksache 8/258 vom 4. April 1977 die Bedenken wegen einer eventuell fehlenden Harmonisierung für das Inkrafttreten berücksichtigen, und welche anderen Gründe als dieser sind für das Nichtinkrafttreten im nächsten Jahr außerdem vorgetragen worden?

10. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

In welcher Weise wirkt sich das von den OECD-Mitgliedsländern unterzeichnete Abkommen über die Lagerung von Atommüll auf dem Meeresboden auf die Bundesrepublik Deutschland aus, und besteht danach noch die Notwendigkeit in der Bundesrepublik Deutschland eine eigene Lagerstätte für Atommüll zu errichten?

11. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Wie viele Beamte sind nach § 36 des Bundesbeamtengesetzes seit 1949 in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden und wie verteilt sich die Anzahl auf die einzelnen Legislaturperioden?

12. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Wie hoch sind die Kosten, die hierdurch jährlich entstanden sind?

13. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des DBB, daß eine Herabsetzung der Altersgrenze vom 63. (62.) auf das 60. Lebensjahr aus dem Gesichtspunkt der Fürsorgepflicht dringend geboten erscheint, außerdem hierdruch auch wirksame Entlastungseffekte auf dem Arbeitsmarkt erreicht werden könnten, und beabsichtigt sie eine entsprechende Änderung des § 42 Abs. 3 BBG vorzunehmen?

14. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Trifft es zu, daß auch der Raum Wertingen im Donau-Ried in Bayern als Standort für ein zentrales Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente aus Kernkraftwerken vorgesehen ist?

15. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Haben gegebenenfalls bayerische Ministerien bzw. Behörden diesen Vorschlag eingebracht bzw. hiervon Kenntnis gehabt?

16. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Welche Folgerungen beabsichtigt das Bundesinnenministerium aus der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 16. März 1977 – VIII C 58.76 -- und der ebenso umfangreichen wie systematischen Begründung der Entscheidung dahingehend zu ziehen, daß auch deutsche Ehegatten von ausgesiedelten Vertriebenen, die in ihrer Person selbst die Stichtagsvoraussetzungen für die Vertriebeneneigenschaft nicht erfüllen, ebenfalls als deutsche Volksangehörige oder deutsche Staatsangehörige im Sinne von § 1 Abs. 3 des Bundesvertriebenengesetz den Vertriebenenausweis erhalten, nachdem der Bezug auf nichtdeutsche Ehegatten in dieser Vorschrift keine Negativentscheidung gegen deutsche Ehegatten enthält und im Sinne von § 1 Abs. 3 des Grundgesetzes zum Schutz der Ehe auszulegen ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

17. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Bis wann kann damit gerechnet werden, daß die im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten seit Jahren vorbereitete Novellierung der Kaiserlichen Verordnung von 1899, gültig für den Verkauf von Pferden, abgeschlossen sein wird, um eine zeitgemäße Rechtsgrundlage für die mehr als einhunderttausend Käufe und Verkäufe von Pferden zu schaffen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

18. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Welche Hinderungsgründe stehen nach Ansicht der Bundesregierung einer angemessenen Anhebung der Wohnflächenobergrenzen des Zweiten Wohnungsbaugesetzes entgegen, deren Einhaltung Voraussetzung für die Gewährung der Steuervergünstigung für neugeschaffenen Wohnraum ist, und ist die Bundesregierung bereit, alsbald eine entsprechende Änderung des Zweiten Wohnungsbaugesetzes herbeizuführen?

19. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Treffen Presseveröffentlichungen zu, daß die Länder die Aufhebung der erst seit 1973 eingeführten Sonderregelung fordern, wonach ältere Sozialwohnungen bis einschließlich des Förderungsjahrgangs 1965 den einkommensschwächeren Mietern vorbehalten bleiben sollen, deren Einkommen die Einkommensgrenzen des § 25 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes um mindestens 20 v. H. unterschreiten, und wenn ja, welche konkreten praktischen Erfahrungen liegen dieser Forderung zugrunde und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus hinsichtlich des Verfügungsbestandes der Sozialwohnungen?

20. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung angesichts der auch von ihr stets unterstrichenen Bedeutung der Altbaumodernisierung sowohl in wohnungs- wie in konjukturpolitischer Hinsicht den gegenwärtigen Stichtag vom 1. Januar 1957 gemäß § 82 a der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung für das „Modernisierungsalter" von Wohnungen noch für ausreichend, und ist sie bereit, alsbald eine angemessene Herabsetzung des „Modernisierungsalters" etwa auf 15 Jahre herbeizuführen?

21. Abgeordneter **Dr. Aerssen** (CDU/CSU)

Sind die gesetzgeberischen Vorarbeiten des Bundesfinanzministeriums und der übrigen beteiligten Ressorts zur Anpassung des Umsatzsteuerrechts an den Inhalt der Sechsten Richtlinie des Rates der EG zur Harmonisierung der Umsatzsteuer vom 17. Mai 1977, soweit gediehen, daß die darin vorgesehene Harmonisierungsfrist bis zum 1. Januar 1978 zu einer sorgfältigen und detaillierten Rechtsangleichung der einschlägigen Vorschriften eingehalten werden kann, nachdem bereits seit Anfang 1977 mit diesem Richtlinieninhalt zu rechnen war?

22. Abgeordneter **Dr. Aersson** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die systemwidrige Mehrfachbesteuerung von Gebrauchtwaren zu beseitigen, zumal durch die Regelungstatbestände der Sechsten EG-Richtlinie zur Harmonisierung des Umsatzsteuerrechts Sonderregeln für Gebrauchsgegenstände geschaffen wurde, die Kumulationswirkungen der Umsatzsteuer vorbeugen sollen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

23. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, die Vergaberichtlinien für die Investitionszulage im Baugewerbe darauf zu überprüfen, ob die gesetzten Fristen zum einen der Auslastung des Ausbaugewerbes entsprechen, zum anderen in Einklang mit den normalen Zeiträumen, die vom Antragszeitpunkt bis zur Bauabnahme zu veranschlagen sind, stehen?

24. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Ist die Bundesregierung bejahendenfalls bereit, den Fertigungszeitraum für Bauwerke, deren Errichtung vor dem 30. Juni 1975 beantragt wurde, um sechs Monate – auf den 31. Dezember 1978 – hinauszuschieben, zumal weder der Begünstigten-Kreis ausgeweitet noch ein zusätzlicher Mitteleinsatz notwendig wird?

25. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung der Automobilindustrie im Rahmen der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung bei, und wie wird nach ihrer Auffassung der Absatz von Neuwagen durch die Absatzfähigkeit der Gebrauchtwagen beeinflußt?

26. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, auf die EG-Kommission dahingehend einzuwirken, daß diese für die vom EG-Ministerrat beabsichtigte Gemeinschaftsregelung zur Besteuerung von Gebrauchtwagen einen Vorschlag erarbeitet, der die kumulative Besteuerung von Gebrauchtwagen wie in der Bundesrepublik Deutschland vermeidet?

27. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die bisher eingeleiteten Maßnahmen zur Erreichung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft im Zonenrandgebiet ausreichen, bzw. gibt es bei der Bundesregierung Überlegungen, wie der schwer benachteiligten Wirtschaft des Zonenrandgebietes wirksamer als bisher geholfen werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

28. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, um der Vernichtung von Obst und Gemüse – wie z. B. der Vernichtung von Pfirsichen, die Pressemeldungen zufolge (vgl. z. B. AZ vom 29. Juli 1977) in Italien vorgenommen worden sein soll – entgegenzuwirken, und inwieweit hat die Bundesregierung diese Möglichkeiten bisher genutzt bzw. inwieweit wird sie sie nutzen?

29. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die Öffentlichkeit über Rechtsgrundlagen, Zuständigkeiten, Zielsetzungen, Art, Ausmaß und Methoden der Lebensmittelvernichtung (= „Herausnahme von Lebensmittel aus dem Markt") im EG-Agrarmarkt zu informieren, die schwerwiegendsten Beispiele der letzten Jahre zu nennen, sowie die Auswirkungen der Lebensmittelvernichtung auf Erzeugereinnahmen und Verbraucherpreise aufzuzeigen?

30. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Ist mit der beabsichtigten „unbürokratischen Handhabung des neuen Agrarkreditprogramms (AKP) eine neue Form des sogenannten Gießkannenprinzips gemeint?

31. Abgeordneter **Vogt (Düren)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Informationen bestätigen, die besagen, daß innerhalb der Europäischen Gemeinschaft seit 1967 mehr als 4 Millionen Tonnen Obst einwandfreier Qualität vernichtet wurde und daß für diese Vernichtung von Obst im Auftrage der Landwirtschaftsminister zwischen 1,2 und 1,5 Milliarden DM ausgegeben wurden, und welche Schritte beabsichtigt die Bundesregierung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zu unternehmen, um der Vernichtung von einwandfreiem Obst künftig Einhalt zu gebieten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

32. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Arbeitsmarktstatistik der Bundesanstalt für Arbeit so zu verfeinern, daß die steigende Anzahl Arbeitsunwilliger zahlenmäßig erkennbar wird?

33. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, für nachweisbar Arbeitsunwillige eine Reduzierung des Arbeitslosengeldes bzw. der Arbeitslosenhilfe vorzunehmen?

34. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Vorschläge des Kuratoriums für Berufsbildung der deutschen Wirtschaft zur Änderung von ausbildungshemmenden Vorschriften des Jugendarbeitsschutzgesetzes und des Schwerbehindertengesetzes, und welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?

35. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Welchen Umfang hat nach den Erkenntnissen der Bundesregierung derzeit der trotz anhaltender Arbeitslosigkeit um sich greifende Facharbeitermangel in der deutschen Wirtschaft (Zahl der betroffenen Betriebe, Zahl der offenen Stellen, regionale und branchenmäßige Schwerpunkte), und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung angesichts der sich abschwächenden Konjunkturentwicklung zu ergreifen, um diesem besorgniserregenden Zustand abzuhelfen?

36. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Was wird die Bundesregierung unternehmen, um bei der Bundesanstalt für Arbeit die Ungleichbehandlung zu beseitigen, die in der rechtlichen ungerechtfertigten Verwendung von Beamten und Angestellten in gleicher Funktion liegt, die an den beamtenrechtlichen Anforderungen und am Verfassungsauftrag des Artikels 3 Abs. 4 GG vorbeigeht?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

37. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Wie sichert die Bundesregierung, daß geheimzuhaltende Informationen über Beschaffungs- und Entwicklungsfragen in der Bundeswehr nicht leichtfertig durch Publikationen, wie z. B. in der Zeitschrift „Wehrtechnik", fremden Nachrichtendiensten zugänglich gemacht werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

38. Abgeordneter **Marschall** (SPD)

Welche Maßnahmen sieht die Bundesregierung vor, einer sich in der Arzneimittelproduktion abzeichnenden Verlagerung des Verbrauchs von bromcarbamidhaltigen Schlaf- und Beruhigungsmitteln, die ab 1. Januar 1978 der Rezeptpflicht unterstellt werden sollen, auf nicht minder gefährliche Wirkstoffe wie Diäthylpentenamid möglichst schnell und wirksam vorzubeugen?

39. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die zum größten Teil aus Bundesmitteln finanzierte internationale Jugendstätte Baasem nunmehr vom Katholischen Ferienwerk Oberhausen für 1,5 Millionen DM gekauft worden ist, so daß dem Steuerzahler ein Schaden von rund einer Million DM erwachsen ist, der zumeist durch den Substanzverlust des Gebäudes in den letzten vier Jahren entstanden ist, und ist die Bundesregierung der Auffassung, daß im Falle der Jugendstätte Baasem eine Verschwendung von Steuergeldern vorliegt, die hätte vermieden werden können?

40. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die in letzter Zeit von verschiedenen Wissenschaftlern geäußerte Auffassung über die Gesundheitsschädlichkeit des Passivrauchens (vgl. Aufsatz in Heft 13/1977 der Zeitschrift „Der Kassenarzt“) für berechtigt und, wenn ja, welche Maßnahmen gedenkt sie zum Schutze der gefährdeten Nichtraucher zu ergreifen?

41. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung mit der Verordnung über den Nachweis der Sachkenntnis im Einzelhandel mit frei verkäuflichen Arzneimitteln auf Grund des § 50 Abs. 2 Satz 2 bis 4 des Arzneimittelgesetzes ein aufwendiges und kompliziertes schriftliches und mündliches Prüfungsverfahren mit allein schon 100 schriftlich zu beantwortenden Fragen einzuführen beabsichtigt, und wird die Bundesregierung wenigstens sicherstellen, daß in Orten, in denen es keine Apotheken gibt, Lebensmitteleinzelhändler, die auf den Verkauf von einfachen Kopfschmerzmitteln und vergleichbaren Arzneimitteln beschränkte Sachkunde in einem unbürokratischen mündlichen Verfahren nachweisen können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

42. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Seit wann liegen den zuständigen Bundesministerien die Vorschläge der örtlichen Behörden über eine Trassenführung für den Bau einer Panzerumgehungsstraße in Soderstorf und Schwindebeck (Landkreis Lüneburg) vor, und wann gedenkt die Bundesregierung, die Verwirklichung dieses Straßenbaus vorzunehmen?

43. Abgeordneter **Engelhard** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die möglichen Auswirkungen des zur Zeit auf dem deutschen Markt anlaufenden Verkaufs sogenannter „Anti-Radar-Detektoren“, mit deren Hilfe Autofahrer angeblich Polizei-Radarfallen im voraus durch Summton- bzw. Lichtsignalanzeige erkennen können, denkt die Bundesregierung gegebenenfalls an ein Verbot dieser Elektronikgeräte, etwa aus straßenverkehrsrechtlichen Gründen, wegen möglicher Verletzungen des Gesetzes über Fernmeldeanlagen oder eventuell aus praktischen Erwägungen für die allgemeine Verkehrssicherheit?

44. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, an der Erfttalstraße L 122 Lärmschutzvorrichtungen zu errichten, die gegebenenfalls so gestaltet werden können, daß diese auch verwendbar sind für die demnächst zu bauende Autobahn A 61 zwischen Kerpen und Jackerath?

45. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Verfügt die Bundesregierung über gesicherte Erkenntnisse darüber, daß ältere Menschen in besonderem Maße in Verkehrsunfälle verwickelt sind, so daß sie ein Problem für den Straßenverkehr darstellen und deshalb für diese Personengruppe an die Ausgabe einer befristeten Fahrerlaubnis gedacht ist?

46. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Für wieviel Prozent der Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang sind Geschwindigkeiten über 130 km/h ursächlich bzw. um wieviel würde sich die Zahl der jährlichen Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang bei Einführung einer Höchstgeschwindigkeit von 130 km/h vermindern?

47. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Welche neuen Erkenntnisse haben zu der Feststellung des Parlamentarischen Staatssekretärs Haar anläßlich einer Podiumsdiskussion am 25. August 1977 in Filderstadt-Bernhausen geführt, auf dem Flughafen Echterdingen sei die Schwellenverlegung nach Osten notwendig, nicht jedoch die Verlängerung der Start- und Landebahn nach Osten, und wie ist diese Feststellung damit zu vereinbaren, daß in der Sachverständigenkommission zur Überprüfung der Sicherheit des Flugbetriebes am Flughafen Echterdingen festgestellt wurde, die Start- und Landebahn 26/08 entspräche mit ihrer Gesamtlänge von 2 550 m nicht den Anforderungen des Mittelstreckenverkehrs und die Forderung nach einer Lösung der Sicherheit des Flugbetriebs würde bei einer Verschiebung der Landebahnschwelle 08 und einer Verlängerung der Landebahn nach Osten entsprechend den örtlichen Ausbauplanungen erfüllt werden?

48. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Hat der Bundesminister für Verkehr für den Flughafen Köln/Wahn vor einigen Wochen einen Fluggleitwinkel von 3,1° zugelassen und dies für den Flughafen Stuttgart-Echterdingen trotz ähnlicher Verhältnisse (Bergisches Land–Weidacher Höhe) verweigert, und wenn ja, warum?

49. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die volkswirtschaftliche Bedeutung des Kabelfernsehens, insbesondere im Hinblick auf Investitionen und Arbeitsplätze, und welche konkreten Konsequenzen gedenkt sie zu welchem Zeitraum aus dem Bericht der Kommission für Technik und Kommunikationssysteme und ihren eigenen bisherigen Stellungnahmen hierzu zu ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

50. Abgeordneter **Höpfinger** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um den sozialen Wohnungsbau zu fördern, der seit drei Jahren immer geringere Leistungen und im Jahr 1976 nur noch 361 400 Wohnungseinheiten aufweist, da bei diesem Rückgang der Leistungen die Nachfrage nach Wohnungen nicht erfüllt werden kann, wenn in wenigen Jahren die geburtenstarken Jahrgänge das heiratsfähige Alter erreichen, Familien gründen und Wohnraum beanspruchen?

51. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, daß der Bundeskanzler sich dafür ausgesprochen habe, Bonn als Hauptstadt weiter auszubauen, da es sicher bis ins nächste Jahrtausend hinein Hauptstadtcharakter haben werde, und steht bejahendenfalls eine solche Erklärung nicht im Widerspruch zur eindeutigen Willensbekundung des Deutschen Bundestages, „Berlin ist die Hauptstadt Deutschlands", und bedeutet diese Erklärung nicht auch praktisch den endgültigen Verzicht auf die deutsche Wiedervereinigung?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

52. Abgeordneter **Egert** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei der Umwandlung des Bundesinstituts für Berufsbildungsforschung (BBF) in das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) Verschlechterungen bei der Wohnungsversorgung der Bediensteten eingetreten sind, da sie als Zuwendungsempfänger nur noch dann Wohnungen im Rahmen der Wohnungsfürsorge des Bundes erhalten, wenn andere Bundesbehörden keinen Bedarf anmelden, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, diese Situation für die Berliner Dienststelle und die neuzuschaffende in Bonn zu verbessern bzw. den alten Zustand wieder herzustellen, um die Anwerbung qualifizierter Mitarbeiter zu erleichtern?

53. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Von wem werden die Teilnehmer des einjährigen Fortbildungslehrgangs für bildende Künstler aufgesucht, der nach einer dpa-Meldung mit Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft 1978 in Berlin stattfinden soll, nach welchen Kriterien geschieht dies, und wie hoch sind die Mittel, mit denen der Bund diesen Lehrgang fördert?

54. Abgeordneter **Rühe** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung zusammen mit der Kultusminister-Konferenz ergreifen, um sicherzustellen, daß deutsche Abiturienten, die die Reformierte Oberstufe durchlaufen haben, an schweizerischen Universitäten studieren können?

55. Abgeordneter **Rühe** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung Hinweise dafür, daß auch an Universitäten anderer europäischer Länder Bedenken gegen die Qualität des Abiturs nach Absolvierung der Reformierten Oberstufe bestehen?

Bonn, den 2. September 1977

